

LAG

1 / 90

LANDESARBEITSGEMEINSCHAFT
SOZIALE BRENNPUNKTE HESSEN



AUSBILDUNGS- UND BESCHÄFTIGUNGSPROJEKTE

INHALT

Liebe Freundinnen und Freunde,
liebe Tina und Lothar,

ich wollte Euch schon zur ersten Zeitung nach meinem Weggehen schreiben, doch da war es schon zu spät und die zweite da. Das freut mich, daß die LAG-Zeitung so problemlos weitergeht. Fast ein wenig neidisch werde ich, wenn ich sehe, wie Ihr mit der linken Hand die Zeitung macht, wofür ich so viel Zeit brauchte.

Jetzt bin ich aber ein Leser geworden und finde es einfach gut, wenn ich hören kann, was in der LAG los ist, was in den verschiedenen Arbeitsbereichen läuft und wer im Vorstand das Sagen hat (da sind einige meiner WunschkandidatInnen leider nicht gewählt worden). Und dann lese ich vor allem gern, was in den einzelnen Projekten und Siedlungen so geschieht. Darüber würde ich gerne in der LAG-Zeitung noch mehr Berichte lesen. Ich wohne nun mal im fernen Heidi-Land und bin darauf angewiesen, daß ich alle wichtigen Ereignisse in der LAG-Zeitung nachlesen kann.

Mir geht es gut in der Alpenluft. Die Arbeit mit den Behinderten gefällt mir, die Leute sind in Ordnung, vielleicht etwas zurückhaltender, so daß ich schon ab und zu mal ein hessisches Schlappmaul vermisste.

Also, ich freue mich immer, wenn ich etwas von der LAG höre. Macht deshalb die Zeitung dick und fett, damit ich möglichst viel erfahre.

Ich danke allen namenlosen SchreiberInnen, die mir Grüße geschickt haben.

Ich wünsche Euch eine gute Zeit und herzliche Grüße

Euer Christoph

INHALT

Mit dem "Statistikmodell" weiter in die Armut.....	S. 3
... und alle, alle kamen! Tagung der Spiel- und Lernstuben in Wiesbaden...	S. 6
Lichtblicke im Nebel - Fortbildung in Reggio Emilia.....	S. 10
Wie - meine Tochter hat sowas gemacht?? Kletterwochenende für Mädchen.....	S. 12
Polizeiaktion im Lohwald löst Protest aus.....	S. 13
Die Gießener Brennpunkte mischen sich ein!.....	S. 14
Thema: Ausbildungs- und Beschäftigungsprojekte.....	S. 15
Jugend.....	S. 22
Frauen.....	S. 23
Dies und das.....	S. 24
Termine.....	S. 26

Herausgeber: Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e.V.
Moselstr. 25, 6000 Frankfurt am Main, Tel. 069/25 00 38

Redaktion: Christina Hey, Lothar Stock
Mitarbeit: Monika Lorenz

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeber wieder.

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

es ist nicht so, daß Christoph aus der Schweiz zurückgekehrt ist - wie Frau und Mann nach dem ersten Blick auf diese Zeitung vielleicht glauben könnte. Nein, die Zeitung wird nach wie vor von Tina und Lothar unter Mitarbeit der Kolleginnen und Kollegen aus der LAG-Geschäftsstelle und aus den Projekten gemacht.

Nicht daß dies uns keinen Spaß macht, aber es kostet auch Zeit und Geld: Berichte müssen geschrieben werden, Termine sind zusammenzutragen, die Zeitung muß "produziert" werden, die Druckerei arbeitet nicht umsonst, die Post beliefert Euch nicht "frei Haus" und auch an Materialkosten fällt so einiges an.

Grund genug, noch einmal ausführlich über den Stellenwert und die Funktion der LAG-Zeitung nachzudenken. Steht der Aufwand z.B. in einem erträglichen Verhältnis zum gewünschten Erfolg? Besteht überhaupt ein Interesse an der Zeitung oder liegt sie nur im Büro der Projektgruppe rum? Gibt es bei den Leserinnen und Lesern bzw. bei den Projekten vielleicht sogar eine Bereitschaft, die Zeitung finanziell zu unterstützen?

Dies alles sind Fragen, die wir nicht von der Geschäftsstelle aus alleine beantworten können. Wir bitten Euch daher, uns die Fragen auf der Rückseite dieses Blattes zu beantworten. Die Antwort schickt uns dann bitte bis zum 31. März 1990 in die LAG-Geschäftsstelle nach Frankfurt.

Wir danken Euch schon jetzt für Eure Mitarbeit.

Tina + Lothar



ZUM RAUSTRENNEN

Absender:

LAG Soziale Brennpunkte Hessen e.V.
- Zeitungsredaktion -
Moselstraße 25
6000 Frankfurt/Main 1

Ich finde die LAG-Zeitung	schlecht	mittelmäßig	gut	sehr gut
	langweilig	es geht so	interessant	
	unwichtig	na ja	wichtig	

Gründe:

Wer liest die Zeitung?	SozialarbeiterInnen	BewohnerInnen
------------------------	---------------------	---------------

Wieviel Leute in Eurem Projekt / Eurer Siedlung lesen die Zeitung ?
SozialarbeiterInnen
BewohnerInnen

Auf die Zeitung könnte ich gerne verzichten: ja nein

Ich finde die Zeitung wichtig und benötige (auch zum Verteilen)
Exemplare .Ich würde die Zeitung auch weiterhin wollen, selbst wenn sie bis zu 2,-- DM
pro Ausgabe kosten würde: ja neinIch bin / wir sind bereit ein Förderabo (ab 20,-- DM Jahresbeitrag auf-
wärts; nach oben sind keine Grenze gesetzt) für die Zeitung zu übernehmen:
ja nein wenn ja, Höhe des Förderabos:

Sonstige Bemerkungen der LeserInnen:

Bitte zurücksenden bis zum 31. März 1990 - Bitte zurücksenden bis 31. März

MIT DEM "STATISTIKMODELL" WEITER IN DIE ARMUT

IM WORTLAUT:

1. Die Ministerpräsidenten halten ein neues Bedarfsbemessungssystem zur Festsetzung der Regelsätze in der Sozialhilfe für dringend erforderlich.

Die Ministerpräsidenten sind mit den kommunalen Spitzenverbänden der Auffassung, daß das "Statistikmodell" generell dafür eine geeignete Grundlage bildet (Gutachten des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge vom Dezember 1988).

2. Bei der Umsetzung des neuen Bedarfsbemessungssystems und der Fortschreibung der Regelsätze wird der Preisindex für die Lebenshaltung aller Haushalte zugrunde gelegt (Variante 1 des Gutachtens).
3. Die Möglichkeit der Regionalisierung der Regelsätze wird beibehalten.
4. Zur Lösung der Kumulationsproblematik (Haushaltersparnis größerer Haushalte mit vier und mehr Personen) und um dem gesetzlichen Abstandsgebot gerecht zu werden (Abstand zwischen Sozialhilfe und niedrigem Erwerbseinkommen), sollen bei der Ermittlung der Regelsätze für Haushaltsangehörige gegenüber dem geltenden Recht die Prozentsätze vom Eckregelsatz
 - bei Kindern im Alter von 11 bis unter 14 Jahren von 75 v.H. auf 65 v. H. und
 - bei Heranwachsenden im Alter von 18 bis unter 21 Jahren von 90 v.H. auf 80 v.H.

gesenkt werden.

5. Die Ministerpräsidenten sprechen sich mittelfristig für die gesetzliche Einführung von Familienregelsätzen bzw. von Regelsätzen für größere Bedarfsgemeinschaften aus.
6. Die Ministerpräsidenten bitten den Bundesminister für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, den Entwurf einer neuen Regelsatz-Verordnung vorzulegen und dabei von folgenden Regelsätzen für sonstige Haushaltsangehörige auszugehen:

- unter 7 Jahre	50 v.H.
- unter 7 Jahre bei alleinerziehendem Elternteil	55 v.H.
- von 7 bis unter 14 Jahren	65 v.H.
- von 14 bis unter 18 Jahren	90 v.H.
- von 18 und mehr Jahren	80 v.H.

des Eckregelsatzes.

Für alleinstehende junge Erwachsene von 18 bis unter 25 Jahren soll der Regelsatz 90 v.H. des Eckregelsatzes betragen. Berlin kann die Regelsätze für diesen Personenkreis wie für Haushaltsvorstände festsetzen.

7. Die gesetzlich geregelten und vom Regelsatz abhängigen Mehrbedarfszuschläge sowie die Einkommensgrenzen bei der Hilfe in besonderen Lebenslagen sollen vor dem Hintergrund der beschlossenen Erhöhungen mit dem Ziel der Kosteneinsparung überprüft werden.
8. Die Regelsatzreform wird in Stufen eingeführt:

Die Ministerpräsidenten der Länder vereinbaren,

 - im Rahmen der ersten Stufe das neue Bedarfsbemessungssystem zum 1. Juli 1990 mit einem Drittel seines Strukturvolumens zu verwirklichen,
 - die zweite Stufe mit einem weiteren Drittel seines Strukturvolumens zum 1. Juli 1991 einzuführen.

Die Überprüfung der Mehrbedarfszuschläge und der Einkommensgrenzen bei der Hilfe in besonderen Lebenslagen gemäß Ziffer 7 sollte möglichst vor der Einführung der zweiten Stufe abgeschlossen sein.

SOZIALHILFE

So sieht sie also konkret aus, die den Sozialhilfeberechtigten seit Jahren versprochene Regelsatz"reform", die auf der einen Seite - insbesondere in den Sonntagsreden der PolitikerInnen - den auf Sozialhilfe angewiesenen Menschen in diesem Land eine merkliche Verbesserung ihrer Lebensumstände bringen soll, andererseits aber nach dem Willen genau derselben PolitikerInnen keine Mehrkosten für die Sozialhilfeträger mit sich bringen darf. Wie läßt sich dieses offensichtliche Paradoxon lösen? Auch hierfür haben die Ministerpräsidenten der Bundesländer mit ihrem auf der vorigen Seite dokumentierten Beschluß gesorgt: Was einzelnen Altersgruppen mehr gegeben wird, muß ganz einfach bei anderen wieder eingespart werden. Als weitere mögliche Alternativen, um die gewünschte "Kostenneutralität der Reform" zu gewährleisten, wird eine Überprüfung der Mehrbedarfzuschläge sowie der Einkommensgrenzen bei der Hilfe in besonderen Lebenslagen gefordert. Im nachfolgenden Beitrag soll auf die jeweiligen Punkte des Ministerpräsidentenbeschlusses noch einmal im einzelnen eingegangen werden.

Zu 1: Nicht mehr ein idealtypischer Warenkorb, in dem alle Dinge und Dienstleistungen, die Sozialhilfeberechtigten zum Leben zugestanden werden, enthalten sind, bildet zukünftig die Berechnungsgrundlage für die monatlichen Regelsätze, sondern die vom Statistischen Bundesamt in Wiesbaden ermittelten Ergebnisse der alle fünf Jahre durchgeführten Einkommens- und Verbrauchsstatistik (EVS). Unberücksichtigt bleiben hierbei aber nach wie vor bestimmte Ausgabepositionen, die über eine "begrenzte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben" hinausgehen (z.B. Kosten für Urlaubsreisen oder für ein Auto) bzw. die bei Sozialhilfeberechtigten bereits im Rahmen von "einmaligen Beihilfen" abgedeckt sind. Unberücksichtigt bleibt auch die Frage, ob Mann oder Frau mit einem Monatseinkommen von 800,- DM - das ist die Untergrenze der für Alleinstehende bzw. Haushaltsvorstände aus der EVS herangezogenen Vergleichsgruppe - in der Bundesrepublik ein Leben führen kann, "das der Würde des Menschen entspricht", wie es das Bundessozialhilfegesetz (BSHG) zwingend vorschreibt. Fazit: Nicht mehr der real vorhandene Bedarf, sondern nur noch der tatsächlich realisierbare Konsum jene, die ohnehin im Mangel leben, wird zur absoluten Bezugsgröße für die Sozialhilfe. Mit sinkendem Einkommen kann nunmehr die Sozialhilfe problemlos nach unten "angepaßt" werden.

Zu 2: Seit der letzten ausgewerteten EVS aus dem Jahre 1983 - die Zahlen der 88er EVS liegen erst 1991/92 vor - stieg der Preisindex für die Lebenshaltungskosten aller Haushalte bis Ende 1988 um 4,6% . Bei Zwei-Personen-Haushalten von Renten- und SozialhilfebezieherInnen mit geringem Einkommen betrug dagegen im gleichen Zeitraum die Steigerungsrate des "regelsatzrelevanten Bedarfes", also die Kostensteigerung der den Sozialhilfeberechtigten tatsächlich zugestandenen Ausgabepositionen, 12,6%. Erstere Prozentzahl würde bei Alleinstehenden bzw. Haushaltsvorständen eine Erhöhung der Sozialhilfe um etwa 19,- DM monatlich bedeuten, die 12,6% brächten immerhin bereits über 50,- DM mehr in deren Haushaltskasse. Allein aus Kostengesichtspunkten sprachen sich die Ministerpräsidenten für die an sich systemwidrige, dafür aber um die Hälfte billigere Variante, also für eine Erhöhung um lediglich 4,6% aus. Zugleich wurde damit ein weitaus niedrigeres Ausgangsniveau für die Preissteigerungsrate der Folgejahre sichergestellt.

Zu 3: Von der Möglichkeit Mindest- bzw. Höchstbeträge für die Regelsätze festzulegen machen bislang nur die Bundesländer Bayern und Niedersachsen Gebrauch. In Hessen gilt landesweit ein einheitlicher Regelsatz. Dieser Punkt des Ministerpräsidentenbeschlusses

ses läßt eine weitere regionale Differenzierung befürchten, was nach Lage der aktuellen Sozialpolitik nur heißen kann, daß landauf, landab weitestgehend die Mindestbeträge dominieren werden.

Zu 4: Mit der nirgendwo belegten Unterstellung, daß größere Haushalte billiger wirtschaften können als kleinere Bedarfsgemeinschaften, sollen Haushaltsangehörige im Alter von 11 bis 13 Jahren und von 18 bis 20 Jahren zukünftig 10% weniger vom Regelsatz des Haushaltsvorstandes erhalten. Ein DM ausgedrückt bedeutet dies eine Kürzung der Sozialhilfe um monatlich fast 40,-- DM. Auch der Verweis auf das im BSHG enthaltene "Lohnabstandsgebot" zielt daneben. Bei größeren Haushaltsgemeinschaften ist nämlich ausdrücklich eine Ausnahmeregelung im Gesetzestext eingearbeitet.

Zu 5: Hier wird deutlich, wohin die Ministerpräsidenten wollen: Weitere Kosteneinsparungen durch die Einführung von Familienregelsätzen bzw. von Regelsätzen für größere Bedarfsgemeinschaften. Letztlich bedeutet dies die Aufgabe des bisherigen Individualisierungsgrundsatzes im BSHG.

zu 6: Was oben (Punkt 4) noch ausschließlich für die "Kumulationsproblematik" in Verbindung mit dem "Lohnabstandsgebot" galt, erhält nun Allgemeingültigkeit: Generelle Kürzung des Regelsatzanteils um 10% bei Haushaltsangehörigen im Alter von 11 bis 13 Jahren und von 18 bis 20 Jahren. Wurde alleinstehenden jungen Erwachsenen im Alter von 15 bis 20 Jahren bislang von den Gerichten ein zusätzlicher, wachstumsbedingter Mehrbedarf von bis zu 16% zuerkannt, sollen nach dem Willen der Ministerpräsidenten die alleinlebenden 18- bis 24-Jährigen zukünftig nur noch 90% des Regelsatzes von Alleinstehenden bzw. Haushaltsvorständen erhalten. Dies ist eine Kürzung der Sozialhilfe um monatlich mehr als 100,-- DM! Sie bindet junge Erwachsene weiterhin an den elterlichen Haushalt, schafft somit größere Bedarfsgemeinschaften - als Ansatzpunkt weiterer Sozialhilfekürzungen (vgl. Punkt 5 und 6) - und trägt sicherlich auch ihren Teil zur Entschärfung der angespannten Lage auf dem Wohnungsmarkt bei. Zudem verlagert sie die Folgekosten, die mit dem Alleineleben für den Sozialhilfeträger entstehen (Mietzahlungen, Wohnungseinrichtung usw.) soweit wie möglich in die Zukunft. Weitere Einschnitte für diese Personengruppe außerhalb des BSHGs, z.B. im Rahmen des Arbeitsförderungsgesetzes (AFG) lassen mit Sicherheit nicht lange auf sich warten.

Zu 7: Bei ihrer Suche nach Einsparungsmöglichkeiten von Sozialhilfeleistungen machen die Ministerpräsidenten anscheinend vor nichts halt. Die Überprüfung der Mehrbedarfszuschläge sowie der - großzügigeren - Einkommensgrenzen bei der Hilfe in besonderen Lebenslage ist angesagt. In diesem Zusammenhang ist besonders auffällig, daß unter Punkt 6 beschlossen wurde, Kinder unter 7 Jahre "bei alleinerziehendem Elternteil" 55% des Regelsatzes vom Haushaltsvorstand zu gewähren (anstatt 50% bei Kindern der gleichen Altersgruppe in vollständigen Familien). Welche Konsequenzen dies für den bislang gewährten 20%igen Mehrbedarfszuschlag für Alleinerziehende mit einem Kind unter 7 Jahren vermutlich haben wird, braucht hier wohl nicht erwähnt zu werden.

Zu 8: Damit niemand auf die Idee kommt, er könne mit der unter Punkt 2 angeführten Erhöhung um etwa 19,-- DM ab Juli dieses Jahres in "Saus und Braus" leben, haben die Ministerpräsidenten wohlweislich eine Drittelung des "Strukturvolumens" beschlossen. Die ersten 6,-- DM mehr gibt es tatsächlich zum 1.7.1990, die zweiten 6,-- DM mehr lassen dann schon ein Jahr auf sich warten. Und der Rest ???

Lothar Stock

... UND ALLE, ALLE KAMEN!

TAGUNG DER SPIEL- UND LERNSTUBEN IN WIESBADEN

Vom 29. Januar bis 2. Februar 1990 trafen sich mehr als 30 MitarbeiterInnen aus den Spiel- und Lernstuben in Wiesbaden in der dortigen Jugendherberge. Die Anmeldungen zur Tagung waren so zahlreich, daß einige der Projekte, die mit mehreren Personen anreisen wollten, Plätze abgeben mußten. Ein richtiger Boom auf die Tagung also, die den Titel hatte: "Die zukünftigen Spiel- und Lernstuben in sich verändernden Brennpunkten." Der Titel bringt das Bedürfnis der Spiel- und Lernstuben zwar etwas umständlich, aber trotzdem richtig auf den Punkt: Mehr als zwanzig Jahre nach Gründung der ersten Spiel- und Lernstube in Hessen macht sich Unsicherheit breit. Manche scheinbar festgefühten Grundlagen der

Arbeit haben sich verändert, nicht nur durch die Sanierung in den Siedlungen. Es galt, gemeinsam Rückschau zu halten, Bilanz zu ziehen und dann bestehende Konzepte weiterzuentwickeln. Das ist zur Zeit das drängendste Bedürfnis der Spiel- und Lernstuben in der LAG.

Doch wie kam es eigentlich zu einer ersten extra-Spiel- und Lernstuben-Tagung?

Für viele der Beteiligten hat die Feier "Zwanzig Jahre Spiel- und Lernstuben" einen Wendepunkt markiert. Die Zeit vor und um das Fest, das 1988 in Marburg im Waldtal gefeiert wurde, gab einigen Leuten Anlaß, über das Woher und Wohin der Spiel- und



(Foto: Klaus Heil)



(Foto: Klaus Heil)

Lernstuben etwas gründlicher nachzudenken. So langsam begann sich in der gesamten LAG eine neue Aufmerksamkeit für die "Kinderecke" zu entwickeln und es gab nach der Jubiläumsfeier auf Jahrestagungen und Mitgliederversammlungen mehrere interessante Beschlüsse, die einen oder anderen werden sich erinnern.

Jedenfalls wird über die Sache der Spiel- und Lernstuben und die Anliegen derer, die täglich damit zu tun haben, inzwischen mehr geredet und natürlich auch gestritten, als das viele Jahre vorher noch der Fall war. Seit Frühjahr 1989 gibt es als "Dach" der Spiel- und Lernstuben eine AG in der LAG, vergleichbar den anderen existierenden AG's. Und es gibt einen Referenten für den Bereich Spiel- und Lernstuben, Reinhard Thies, der bis jetzt mit den hochgespannten Erwartungen an ein Referat Spiel- und Lernstuben ganz gut fertig geworden ist.

Die jetzt abgelaufene Tagung ist also das erste Ergebnis der intensi-

ven Phase, die das junge Referat Spiel- und Lernstuben 1989 hatte. Diese Tagung hat eigentlich alle Erwartungen gebündelt, die sich in den drei vergangenen Jahren angestaut haben und jetzt ein paar Tage lang am Stück durchgearbeitet werden konnten.

Am Beginn der Tagung stand die Vorstellung dreier "Musterbeispiele" an Einrichtungen, und zwar der Wohnwagenstandplatz Bonames, die "Alte Feuerwache" Bad Nauheim und die "Gummiinsel" in Gießen. Ganz bewußt sollte durch die Auswahl der Beispiele die große Bandbreite zwischen den Projekten deutlich werden. Während der Wohnwagenstandplatz Bonames noch eine komplette Obdachlosensiedlung ist und - ganz typisch - als "Langzeitprovisorium" gilt, gibt's auf der Gummiinsel ein schniekes neues Gemeinschaftszentrum, eine teilsanierte Siedlung und einen komplett neugebauten, schönen Wohnblock. Außerdem haben die Bewohner alle (?) ordentliche Mietverhältnisse. Die Tagungsleitung, Barbara Böcher vom

TAGUNGEN

Landesjugendamt und Reinhard Thies, hatten stellenweise etwas Mühe, die Projektdarstellungen nicht überborden zu lassen, denn natürlich knüpften sich gleich an die Darstellungen jede Menge Fragen und Anmerkungen, die den hohen Diskussionsbedarf erkennen ließen. Der Info-Teil der Tagung wurde dann fortgesetzt mit zwei Vorträgen. Prof. Gothold, Planungsdezernent in Marburg, erzählte etwas

mierte in einem zweiten Referat über die Tätigkeiten des DJI im Bereich "Kindertagesstätten". Er stellte das Forschungsprojekt "Kinderhaus" vor, das zur Zeit anläuft. Hier geht es darum, eine gemeinwesenorientierte Kinderbetreuung für Kinder von 0 bis 12 Jahren aufzubauen und durchzuführen. Uli zeigte sich besonders überrascht und auch etwas beeindruckt von dem, was die Spiel- und Lernstuben in



(Foto: Klaus Heil)

zum Waldtal-Entwicklungsplan und führte den TeilnehmerInnen vor, wie sich eine Planungsbehörde Stadtteilentwicklung vorstellt. Wie man sich denken kann, kam dabei Gemeinwesenarbeit nur ganz am Rande vor. Es war auf jeden Fall sehr aufschlußreich, mal mitzubekommen, wie eine Behörde - vielleicht sogar ganz wohlmeinend und menschenfreundlich - einen Planungsdurchmarsch macht und hinterher natürlich zu ganz anderen Einschätzungen kommt als BewohnerInnen und SozialarbeiterInnen.

Uli Hagemann vom Deutschen Jugendinstitut, der übrigens an der gesamten Tagung teilgenommen hat, infor-

den Jahren ihres Bestehens auf die Beine gebracht haben. Das Kinderhausprojekt des DJI ist sozusagen der Ausdruck dessen, was heute allgemein im Trend liegt und von einer breiten Öffentlichkeit so oder so ähnlich gefordert wird. Interessanterweise ist das, was ein Kinderhaus sein soll, in vielem bereits in den Spiel- und Lernstuben verwirklicht oder im Ansatz vorhanden, ganz im Gegensatz zu den regulären Kindertagesstätten.

Uli, der ja aus dem Bereich der Regel-Kitas kommt, hat der Diskussion einen wichtigen Impuls versetzt. Die Arbeitsgruppen, die sich nach den Vorträgen bildeten, haben sich

alle mehr oder weniger an der Achse Spiel- und Lernstube - Regeleinrichtung entlangbewegt. Das waren die wichtigsten Diskussionsknäuel:

- Was wird aus den Spiel- und Lernstuben nach der Sanierung? Werden sie zur Regeleinrichtung? Wird das gefordert?
- Sollen Spiel- und Lernstuben sich für Kinder außerhalb der Siedlung öffnen? Was wird das dann für eine Art von Einrichtung?
- Kann eine Spiel- und Lernstube eine Regeleinrichtung für einen ganzen Stadtteil werden?
- Wie sieht die pädagogische Arbeit in den Spiel- und Lernstuben künftig unter veränderten Bedingungen aus? Müssen die Öffnungszeiten erweitert werden und wer deckt das dann personell ab?
- Wie sieht es in einer veränderten Spiel- und Lernstube mit dem Sonderstatus und der Regelförderung (also dem Geld) aus? Verschlechtern wir unsere Finanzen, wenn wir uns verändern?

All diese Fragen und noch einige mehr waren natürlich nicht erschöpfend zu klären. Die Diskussion ist aber durch die Tagung in einer klaren Richtung vorangekommen. Die Spiel- und Lernstuben wissen, daß sie mit ihrer pädagogischen Arbeit auch außerhalb der Siedlungen Impulse setzen können. Gemeinsam mit den BewohnerInnen müssen sich die Projekte jetzt deutlicher als bisher klar werden, wo die Spiel- und Lernstuben stehen sollen und wen sie betreuen. Die Frage ist natürlich dort am dringlichsten, wo Kommunen bereits eigene neue Konzepte für die öffentliche Kinderbetreuung entwickeln, aus denen die Spiel- und Lernstuben herausfallen. Aber über kurz

oder lang wird jedes Projekt mit dieser Kardinalfrage zu tun haben.

Klar, daß die Tagung neben der anstrengenden Rederei noch andere Highlights hatte: Eine besonders schöne Sache war die "Gemäldegalerie", in der sich alle Spiel- und Lernstuben mit Bildern und Plakaten präsentiert haben. Man könnte ruhig mal überlegen, die "Galerie" nochmal aufzubauen, damit auch andernorts Leute was davon haben. Auch die Bewegung kam nicht zu kurz, wir hatten Ferri zu Gast, einen Spiel- und Theatermacher, der mit uns Lieder und Spiele ausprobiert hat und einen Teil seines Programms, das er mit und für Kinder aufführt (Auskünfte und Preise bei der Agentur R. Thies, Moselstraße 25, 6 Frankfurt). Eine dritte Sache kann ich hier nicht ausklammern. Es betrifft unsere Ausflüge, die in zwei Gruppen unternommen wurden: Eine Gruppe besuchte mehrere Projekte in Wiesbaden, eine andere Gruppe, bei der ich den Spaß hatte, dabei zu sein, das ZDF-Sendezentrum in Mainz. Kurz und gut: Beim Fernsehen gibt es ganz klar mehr Bescheuerte, als sich jeder träumen läßt, der da noch nicht drin war. Überall laufen total aufgedonnerte Tussis und Typen herum, die ständig "Küßchen, Küßchen" und "Winke-Winke" machen oder superlaut "Halloooo, dein Kleid steht dir!" rufen, aber die ganze Tonleiter rauf und runter, man kann's kaum beschreiben. Wir hatten am Abend jedenfalls Magenschmerzen vor lauter Lachen und überhaupt ganz vergessen, was es da an Technik zu sehen gab. Man sieht also - die Tagung hat uns 'ne Menge Spaß gemacht. Und die Spiel- und Lernstuben bleiben dran, das ist klar. Auf ein Neues!

Klaus Heil

LICHTBLICKE IM NEBEL - [REDACTED]

[REDACTED] FORTBILDUNG IN REGGIO EMILIA

Wir, das waren 18 MitarbeiterInnen aus Spiel- und Lernstuben, verbrachten eine Woche im Nebel einer italienischen Kleinstadt namens Reggio Emilia. Thema unserer Fortbildung war die Vorschularbeit in dieser Stadt.

Reggio Emilia zeichnet sich dadurch aus, daß es neben wenigen kirchlichen und staatlichen Einrichtungen städtische Krippen und Kindergärten mit einem besonderen Konzept gibt. Die Kommune investiert etwa 40% ihrer Ausgaben in diese Einrichtungen (freiwillige Leistungen), was dazu führt, daß nahezu jedes Kind einen Kindergartenplatz hat.

Wichtig für die Entstehung dieser besonderen Vorschularbeit waren:

- die starke Antifaschismusbewegung während und nach dem 2. Weltkrieg,
- das traditionell gewachsene Prinzip der kooperativen Arbeit in dieser Region und
- der Reichtum der Gegend und die Einsicht der Bewohner, daß die sinnvollste Investition in der Erziehung und damit in der Zukunft ihrer Kinder liegt.

Dieses gesellschaftspolitische Interesse der Eltern erklärt deren aktive Beteiligung und auch noch heutige engagierte Mitarbeit in den Einrichtungen.

Aus diesen Zusammenhängen entwickelten sich Arbeitsansätze, die sich an folgender Sichtweise orientieren:

- Das Kind ist von Geburt an reich an vielfältigen Fähigkeiten, die mit der Zeit immer mehr eingeschränkt werden.
- Die Aufgabe der Erziehung besteht darin, diese verschütteten Fähigkeiten den Kindern wieder zugänglich zu machen und zu fördern.

Weitere zentrale Punkte des Konzepts sind auf dem nachfolgenden Schaubild dargestellt.

Was hat die Fortbildung bei uns bewegt?

Eine Sensibilisierung unserer Wahrnehmung in Bezug auf

- wie sehe ich mich?
- wie sehe ich die Kinder?
- wie sehe ich die Mitarbeiter?
- das Zulassen größerer Freiräume
- gemeinsames Forschen mit Kindern
- wie gestalte ich kindgerechte Räumlichkeiten?
- was geben mir die Kinder?
- was soll ein Kind können?

Das pädagogische Konzept von Reggio Emilia ist nicht übertragbar und nicht festgeschrieben, sondern im ständigen Entwicklungsprozeß, wie auch die Arbeit in den Spiel- und Lernstuben sich ständig verändert und hinterfragt werden muß.

Claudia Warnat, Gummiinsel Gießen

Ursula Conrad, Wachsacker Wiesbaden

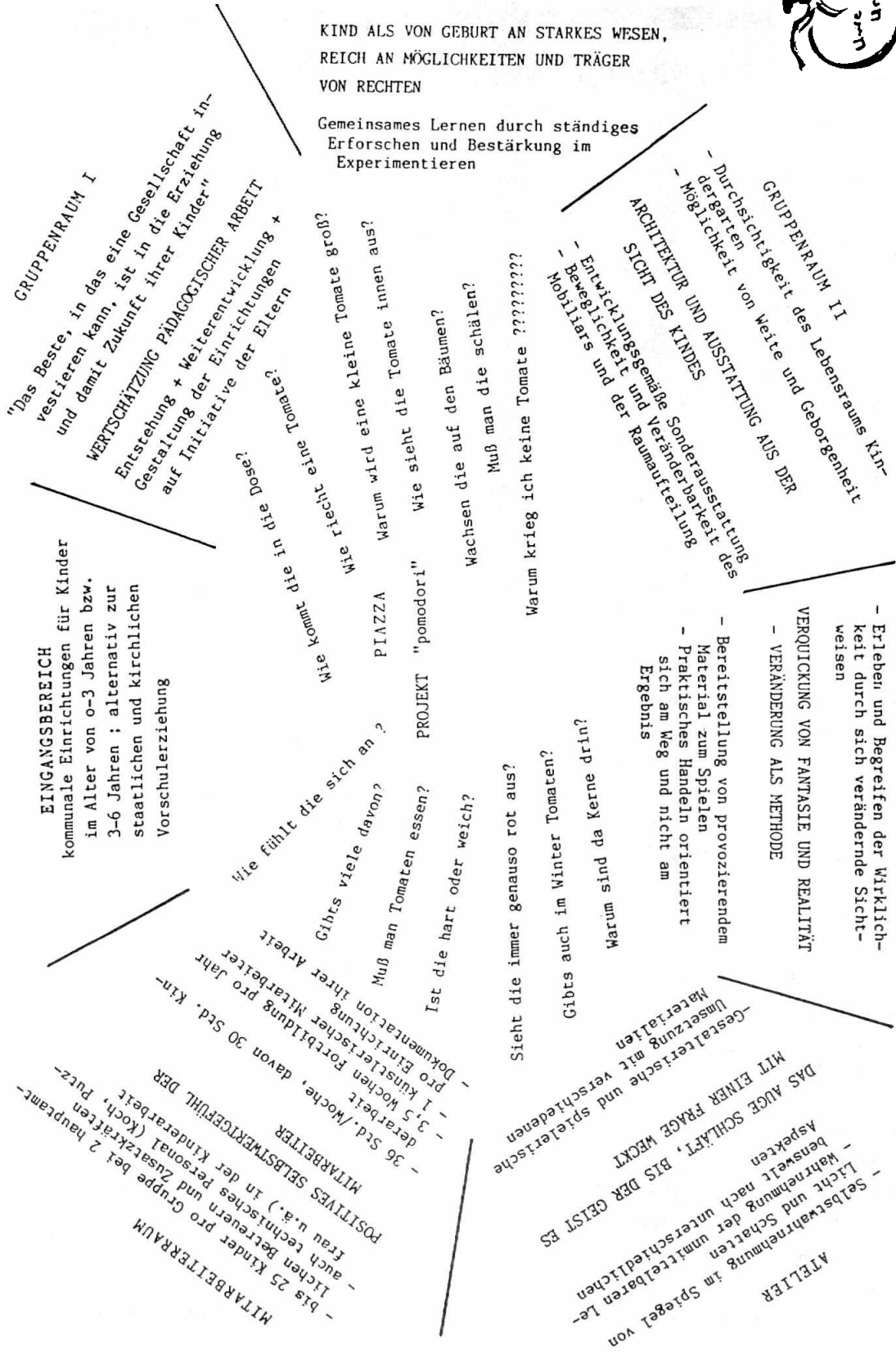
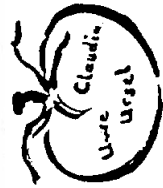
Uwe Bayer, Frauensteiner Straße Wiesbaden

KÜCHE

Kinder besitzen "100 Sprachen" - sie müssen Möglichkeiten bekommen, 99 wiederzuentdecken

KIND ALS VON GEBURT AN STARKES WESEN, REICH AN MÖGLICHKEITEN UND TRÄGER VON RECHTEN

Gemeinsames Lernen durch ständiges Erforschen und Bestärkung im Experimentieren



WIE - MEINE TOCHTER HAT SOWAS GEMACHT??

KLETTERWOCHENENDE FÜR MÄDCHEN

Nicht nur die Eltern hatten zuerst Angst, als sie hörten, daß ihre Mädchen klettern gehen wollten. Die Vorstellung, an steilen Felsen herumzukraxeln, verursachte uns allen Magenkrämpfen. Doch Sandra überzeugte uns durch ihre Abenteuerlust und Begeisterung, was unsere Angst in Neugier verwandelte.

Also los ... Als erstes stand uns der Übungstag in der Turnhalle in Marburg bevor. Hier wurden Auf- und Abstiegstechniken, Sichern, Abseilen, Balancieren, Knotentechniken und Vertrauen zur Kletterpartnerin geübt. Die ersten Ängste mußten überwunden werden, im Laufe des Nachmittags bekamen wir immer mehr Vertrauen, es wurde viel gelacht und zum Schluß waren wir "heiß" auf die Felsen.

Losfahren ... Begutachtung der Unterkunft (leider etwas mäßig) und des Kletterlehrers und der Kletterlehrerin. Diese haben uns gleich am ersten Abend ran genommen, um alles nochmal theoretisch durchzugehen.

Der große Tag ... Nach einer turbulenten Nacht und recht müdem Frühstück fuhren wir zu den "Eschbacher Klippen". "Wir sollen da hoch...?" Das Magenkrämpfen kam wieder. Doch beim Hochklettern fühlten wir uns schon wie richtige Bergsteigerinnen, es war gar nicht so schwer wie wir dachten. Toll...! Den Gipfel erreicht, waren wir alle mächtig stolz, es war ein gutes Gefühl, die Aussicht zu genießen.

"Jetzt müssen wir wieder runter? Rückwärts?" Erst mal Panik. "Werde ich auch gehalten?" Vertrauen und Überwindung waren angesagt. Nach anfänglichem krampfhaftem Festhalten fühlten wir uns immer besser. "Habe mich toll gefühlt...wie Mac Giver". So verbrachten wir den ganzen Vormittag, wurden immer sicherer und bewältigten einige Schwierigkeitsgrade.

Nach einem mäßigen Mittagessen ging es, bedingt durch schlechtes Wetter, in einer speziellen Übungshalle weiter. Leider machte es uns dort nicht so viel Spaß, es war besonders schwierig und nach unserer Meinung eher was für Profis.

Am Abend stellte sich bei einigen der erste Muskelkater ein, aber wir waren zufrieden, hungrig und müde.

Sonntagmorgen bei Sonnenschein, erprobten wir schon selbständig unsere Fähigkeiten. Wir bemerkten erhebliche Fortschritte. Besonders im Vergleich zu anderen durchgehend männlichen Bergsteigern stellten wir fest, daß wir ganz schön Klasse sind.

Ohne Knochenbrüche ging es wieder nach Hause. Die Eltern waren nicht nur froh, daß wir wieder heil nach Hause kamen, sondern stellten nach einigen Erzählungen erstaunt fest: "Das hätte ich ihr nie zugetraut!" "Toll Mensch, was die kann!".

"Wie - meine Tochter hat sowas gemacht?"

Ganz klar, beim nächsten Mal sind wir wieder dabei!

Sandra, Jaqueline, Anja, Tanja, Marion und Ilse aus der Frauensteiner Straße in Wiesbaden

POLIZEIAKTION IM LOHWALD LÖST PROTEST AUS

Razzia: Mit dem Hammer durch die Tür

Aber Polizei suchte im Lohwald vergebens nach gefährlichem Straftäter

„Im Lohwald wohnen auch Engel“

Bewohner des Sozialen Brennpunkts wehren sich gegen Kriminelle und Razzien

Mit diesen und ähnlichen Überschriften in der Offenbach Post und der Frankfurter Rundschau geriet der Offenbacher Stadtteil Lohwald innerhalb einer Woche wiederholt in die Schlagzeilen der Presse.

Was war passiert? Auf der Suche nach einem Flüchtigen hatten etwa 50 Beamte der Schutz- und Kriminalpolizei bei einer Razzia im Lohwald 10 Wohnungen durchsucht und mit dem Vorschlaghammer Türen eingeschlagen, nachdem ihnen nicht sofort geöffnet wurde. Der Mann wurde dabei nicht gefunden, erst eine Woche später im oberhessischen Steinfurt.

Eine angemessene Aktion, so die Einschätzung der Polizei: Der Mann war als äußerst gewalttätig bekannt und soll im Lohwald familiäre Bindungen haben. - Bei der Aufdeckung von Straftaten, unter Anwendung der entsprechenden Mittel tätig werden, im Lohwald wie andernorts auch -, so die Aussagen des Polizeisprechers.

Daß im Lohwald "wie andernorts auch" vorgegangen worden ist, bezweifelt Hannes Wenzel, Vorsitzender des Sozialhilfevereins Offenbach zusammen mit Mitgliedern des Wohnerrates und Betroffenen. Die beiden für den Stadtteil zuständigen Pfarrer fürchten, daß das Image des Wohngebietes weiter verschlechtert wird.

Mit Hilfe der Grünen will Hannes Wenzel eine Anfrage im Hessischen Landtag einbringen, warum die "Polizei mit zunehmender Brutalität" immer häufiger Razzien im Lohwald vornehme.

Sollten sich in der letzten Zeit in anderen Wohngebieten ähnliche Vorfälle ereignet haben, so bitten wir um eine kurze Nachricht an die Redaktion.

DIE GIESSENER BRENNPUNKTE MISCHEN SICH EIN!

In Gießen gibt es drei Brennpunkte, in denen seit 1987 mit Landesmitteln saniert wird. Seit der Zeit sind auch die Mieterräte aktiv. Regelmäßig treffen wir im Sanierungsbeirat mit PolitikerInnen, dem Bürgermeister und der Wohnungsbaugesellschaft zusammen, um zu planen und auch um Ärger loszuwerden, wenn wieder mal was schiefgelaufen ist.

Im letzten Dezember haben wir dort einen offenen Brief an den Innenminister geschrieben, weil die weitere Sanierung hier in Gießen so zögerlich oder gar nicht vom Land unterstützt wird.

Dies war schon der dritte offene Brief an den Minister. Leider hat er uns bis jetzt nie geantwortet. Vielleicht macht er es jetzt ja mal!

Monika Schindler

Mieterräte der Gießener Brennpunkte und
Arbeitskreis Soziale Brennpunkte Gießen

20.12.89

- OFFENER BRIEF -

An den
Hessischen Innenminister
Herrn Milde
Wiesbaden

Sehr geehrter Herr Minister!

Der 1. Bauabschnitt zur Sanierung der Schlicht- und Einfachstwohnungen in Gießen ist erfolgreich abgeschlossen worden.

Die Wohnungen sind hell, warm und familienfreundlich geschnitten, die Miete ist bezahlbar für Haushalte mit geringem Einkommen und die Stadtteile, in Ansätzen begrünt, beginnen lebenswert zu werden.

Durch das Zusammenwirken des Landes und der verantwortlichen Politiker, Sanierungsträger, MieterInnen und Gemeinwesenprojekte konnte manche Hürde genommen werden.

Doch bisher konnte nur ein kleiner Teil der Wohnungen in den Sozialen Brennpunkten Gießens saniert werden. Die Sanierung muß aber weitergehen!

- Unterbringung in Schlicht- und Einfachstwohnungen führen zu gesundheitlicher und sozialer Gefährdung der Familien und bringt unverantwortliche Gesellschaftliche Folgekosten mit sich,
- viele BewohnerInnen aus den Sozialen Brennpunkten haben nach den Erfahrungen des 'abgeschoben seins', Vertrauen in die Politik gefaßt und engagieren sich, übernehmen Verantwortung und Selbsthilfe wird möglich.
- der 2. Bauabschnitt ist planerisch beschrieben und kalkuliert, der Sanierungsträger der Stadt Gießen und die MieterInnen 'sitzen in den Startlöchern'!
- Wohnungsnot kann nicht mit einer Anreizfinanzierung beseitigt werden, es sollten mehr Mittel (weitere Deckungsvorschläge) für die Sanierung der Schlicht- und Einfachstwohnungen seitens des Landes bereitgestellt werden!

Alle warten auf das Land, wir bitten Sie an dem "runden Tisch zur Behebung der Wohnungsnot in Gießen" wieder Platz zu nehmen.

In Gießen, an der "Schnittstelle zweier Welten" bekommen wir das Problem Wohnungsnot Tag für Tag vor Augen geführt. Die Zentrale Aufnahmestelle für Übersiedler und der Soziale Brennpunkt Margaretenhütte liegen nur einen Steinwurf voneinander entfernt. Die gegenseitige Toleranz in der Not darf nicht umschlagen in Ausgrenzung und Abwertung und politischer Resignation.

Wir möchten Sie dringend bitten, weitere Mittel für die Verwirklichung des 2. Bauabschnittes zur Sanierung der drei Gießener Brennpunkte zur Verfügung zu stellen, denn ohne Ihre Unterstützung werden die Notunterkünfte bestehen bleiben.

In der Hoffnung auf Ihre Unterstützung und mit freundlichen Grüßen,

Gottfried Ried

MietervertreterInnen der Stadtteile
Gummiinsel, Eulenkopf und Margaretenhütte

H. S. L.

Arbeitskreis Soziale
Brennpunkte Gießen

AUSBILDUNGS- UND BESCHÄFTIGUNGSPROJEKTE

Nach der Schule keine Lehrstelle, seit Jahren arbeitslos, die Kinder aus dem Haus, die Sozialhilfe reicht hinten und vorne nicht - für viele BewohnerInnen aus Sozialen Brennpunkten waren diese Situationen Alltagserfahrung. Jahrelang gab es politische Forderungen nach mehr Arbeitsplätzen, nach Erhöhung der Sozialhilfe - getan hatte sich wenig. So entschlossen sich in verschiedenen Städten Menschen aus der Gemeinwesenarbeit heraus, diese Probleme praktisch anzugehen. Zur gleichen Zeit klagten die Kommunen über die steigende Kostenbelastung durch die Sozialhilfe. Man war bereit, etwas zu unternehmen. Ausbildungs- und Beschäftigungsprojekte wurden gegründet.

Ein Ziel ist für alle Projekte gleich: die Chancen der TeilnehmerInnen auf dem Arbeitsmarkt durch Erhöhung der Qualifikation zu verbessern. Und damit ist nicht nur Qualifikation im engen beruflichen Sinn gemeint, sondern auch die Entwicklung von Fähigkeiten und der Erwerb von Kenntnissen, die man allgemein für das Berufsleben braucht, zum Ausfüllen der Anträge für den Lohnsteuerjahresausgleich ebenso wie zur Organisation der Familienarbeit neben dem Beruf.

Die Wege zu diesem Ziel sind durchaus unterschiedlich: Die einen bilden aus - die anderen lernen an; die einen orientieren auf Lohnarbeit - die anderen auf selbständige Arbeit; die einen siedeln das Projekt direkt im Stadtteil an - die anderen gehen damit aus dem Stadtteil heraus; die einen betonen die betriebliche Sicht - die anderen sozialarbeiterische Fragen; die einen sind kleine Vereine - die anderen haben sich zu großen Projekten entwickelt; die einen sind kommunal - die anderen haben freie Träger; die einen beschäftigen Männer - die anderen Frauen - die dritten Männer und Frauen.

Neben den unterschiedlichen Möglichkeiten vor Ort und den verschiedenen Arbeitsfeldern der Projekte spielen dabei die Menschen, die man mit dem Angebot ansprechen will, eine wesentliche Rolle. Menschen, die von Sozialhilfe leben, sind die meisten, aber was heißt das: einigen fehlen die Abschlüsse, um einen Arbeitsplatz zu finden, andere können sich nach Jahren der Arbeitslosigkeit gar nicht mehr vorstellen, wie das ist, einer geregelten Arbeit nachzugehen. Die Motivation und die Fähigkeiten, am Erwerbsleben teilzunehmen, sind unterschiedlich. Und die äußeren Bedingungen: wohin denn mit den Kindern während der Arbeitszeit? Deshalb müssen die Projekte auch nach Wegen suchen, auf die jeweilige Situation einzugehen.

Mittlerweile richten sich Ausbildungs- und Beschäftigungsprojekte auch an Menschen außerhalb der Brennpunkte. Großer Bedarf besteht nach Ansicht der beiden für diesen Bereich zuständigen LAG-Mitarbeiter Michael Palkovich und Michael Puhlmann auch im ländlichen Raum. Die beiden "Existenzsicherungsberater" werden auch weiterhin den Projekten zur Verfügung stehen. Nach Auslaufen der Modellphase wird dieser Teil der LAG-Arbeit auch in Zukunft vom Sozialministerium gefördert.

In den folgenden Beiträgen geben wir einen kleinen Überblick über die Arbeit der Projekte.

Christina Hey

NÄHEN IN DER WERKSTATT - MATHEMATIK, WIRTSCHAFT UND FACHKUNDE IN DER BERUFSSCHULE

Ausbildung für Mädchen und junge Frauen in der Nähwerkstatt Darmstadt.

Montags Stützunterricht und Arbeitsgespräche, Dienstags Berufsschule, Mittwochs, Donnerstags, Freitags Arbeit in der Werkstatt oder Praktikum im Betrieb - so sieht das Wochenprogramm für 12 Mädchen und junge Frauen aus, die seit Oktober 1989 an der zweiten überbetrieblichen Ausbildung zur Industrieschneiderin in der Nähwerkstatt Darmstadt teilnehmen.

"Endlich etwas sinnvolles zu tun, sich sogar eigene Kleider nähen zu können" beschreiben die "Azubis" ihre Motivation. Warum gerade in einem Ausbildungsprojekt? Einige wollten schon immer eine Ausbildung machen, dann kamen Kinder, die Ausbildung wurde abgebrochen. Andere rechnen sich mit einer Ausbildung bessere Chancen aus: ein Abschluß wird anerkannt. Er vergrößert die Berufschancen. Und: die Sache ist seriös. Ernsthaft. Ebenso wie andere "Azubis" drücken die Mädchen und Frauen die Schulbank. Und ebenso wie andere müssen sie ihre Prüfungen vor der Industrie- und Handelskammer ablegen.

Für ihre Zukunft stellen sich die Teilnehmerinnen trotz vorhandener Ängste und Bedenken den nicht geringen Anforderungen, die gerade auch im Bereich der Berufsschule gegeben sind. Mathematik, Wirtschaftskunde und Fachkunde - die theoretischen Leistungen, die erbracht werden müs-

sen, sind hoch, besonders angesichts der schulischen Voraussetzungen, die die Auszubildenden mitbringen. Einige haben lediglich ein Hauptschulabgangszeugnis, andere den Hauptschulabschluß und gute Erinnerungen an die Schulzeit haben die wenigsten. Deshalb legen die Ausbilderinnen im Projekt großen Wert auf das Nachholen theoretischer Kenntnisse und Fachkenntnisse, die mit viel Ausdauer und Geduld im Gruppenunterricht, Einzelstützunterricht und Übungsstunden vermittelt werden. So gibt es trotz allem in der Berufsschule häufig gute Noten. Und wenn's denn mal nicht so gut läuft, sind die anderen in der Gruppe da, die Trost und Unterstützung geben.



(Foto: Nähwerkstatt Darmstadt)

Und die Praxis? Beim Nähen von ganzen Kleidungsstücken möchten die Auszubildenden die Werkstatt nur ungern verlassen. Besonders, wenn die Stücke für die Familie, Freunde oder sie selbst sind. Schnitt für Schnitt wird dazugelernt: vom Papiernähen und dem Nähen von Nadelkissen über eine Jacke, Schnitte wie Kinderhosen und Pyjamas bis zu Blusen und Kostümen.

Das Projekt hat sich für eine 3-Stufenausbildung entschieden: Bekleidungsnäherin, Bekleidungsfertigerin, Bekleidungsschneiderin. Damit haben die Auszubildenden auch bei "frühzeitiger Beendigung" einen qualifizierten Abschluß. Die jährlichen Prüfungen sind gleichzeitig ein Berufsabschluß. Voraussetzung ist natürlich, daß die Prüfungen "erfolgreich" bestanden werden.

Auch so kann die Hemmschwelle, die Mädchen und Frauen am Weg in die Erwerbsarbeit hindert, herabgesetzt

werden. Zeiträume werden überschaubar.

Eine andere Frage, die sich für Frauen immer wieder stellt: Wohin mit den Kindern? In Darmstadt ist die Kinderbetreuung selbst Teil des Projektes. Für alle Mütter war es wichtig, nicht den ganzen Tag vollkommen von ihren Kindern getrennt zu sein. In den Pausen, manchmal aber auch während den Arbeitszeiten, haben Mütter und Kinder die Möglichkeit, sich zu sehen und sich miteinander zu beschäftigen. Oft reicht nur "ein Kuß" oder ein "nettes Wort", damit sich beide wieder beruhigt ihren Tätigkeiten zuwenden können. "Wenn die Kinder gut untergebracht sind, sind die Mütter die ehrgeizigsten und leistungsbereitesten Auszubildenden", sagt Monika Otte, Leiterin des Projektes.

Christina Hey

SANIERUNG NUTZEN ZUR QUALIFIKATION DER JUGENDLICHEN AUS DEM STADTTTEIL — DIE INITIATIVE FÜR JUGENDBERUFSBILDUNG GIESSEN

Das Wohngebiet der Jugendlichen selbst zum Qualifikationsfeld zu machen, das ist ein Anspruch der Initiative für Jugendberufsausbildung Gießen (IJB). Ähnlich wie in Marburg und Wiesbaden tragen die Jugendlichen mit dem Entrümpeln von Häusern im Zuge der Sanierung und der Gestaltung der Außenanlagen durch Pflanzen von Bäumen und Sträuchern, Begrünung der Fassaden und Errichtung von Zäunen und Sitzgelegenheiten zu einer Verbesserung

der Lebensbedingungen im Stadtteil bei. In der Holzwerkstatt werden Spielgeräte und Holzpuzzels für die Kindergärten hergestellt, in der Metallwerkstatt Aschenbecher für das Gemeinschaftszentrum. Die Arbeit kommt der Siedlung und ihren BewohnerInnen und Einrichtungen direkt zugute.

Die Arbeit der Jugendlichen wirkt jedoch nicht nur praktisch in den Stadtteil hinein. Die enge Anbindung des Projektes an den Stadtteil und



(Foto: JGB)

seine BewohnerInnen verändert auch die Wertmuster in der Siedlung.

Bestimmten vorher Arbeitslosigkeit, Öde und Langeweile den Alltag der Jugendlichen in der Siedlung, so ist nun "Arbeit haben und arbeiten gehen" die Regel. Die Freunde ohne Beschäftigung haben es in dieser Konstellation schwer: es gibt niemand mehr, mit dem man noch ohne Schwierigkeiten eine Nachttour durchziehen kann.

Gegründet wurde die IJB von den drei GWA-Projekten in Gießen (Gummiinsel, Margarethenhütte, Eulenhopf). Diese Projekte sind auch im Vorstand vertreten. Der Konflikt zwischen Sozialarbeit und betrieblicher Aufgabenstellung, der sich in jedem Beschäftigungsprojekt findet, ist hier auch auf der Ebene des Trägers angelegt. "Ein Vorteil", sagen die Vertreter des Projektes. "Denn so sind wir zur Bearbeitung gezwungen. Wir müssen uns den Problemen immer wieder stellen." Konkret: Erfüllt ein Jugendlicher nicht die betrieblichen

Anforderungen, kann er nicht einfach gekündigt und ein neuer eingestellt werden, wenn es aus GWA-Sicht gut für ihn erscheint, weiter an dem Projekt teilzunehmen. Es muß nach Wegen gesucht werden, wie er weiter integriert werden kann. "So sind wir immer wieder gezwungen, auch auf problematische Jugendliche zuzugehen", sagt Reinhard Thies als Mitglied des IJB-Vorstandes. "Ein kleines Projekt ist da auch wendiger, auf sozialarbeiterische Fragestellungen einzugehen und wir verlieren nicht den Kontakt zu den Jugendlichen im Brennpunkt."

Christina Hey

Initiative für
Jugendberufs
Bildung



der sozialen Brennpunkte in Gießen e.V.

DIE DIAKONIE-WERKSTATT RÜSSELSHEIM XXXXXXXXXX

BESCHÄFTIGUNGSPROJEKT AUSSERHALB DES BRENNPUNKTES

Die Diakonie-Werkstatt Rüsselsheim ist im Gegensatz zu den anderen vorgestellten Projekten nicht direkt aus der Brennpunkt-Arbeit hervorgegangen. Sie ist ein Angebot für Personen nach Paragraph 72 BSHG, die gemeinhin als Menschen mit "besonderen sozialen Schwierigkeiten" bezeichnet werden. Dazu werden u.a. straffällige, nicht-seßhafte und drogenabhängige Menschen gezählt.

Das Arbeitsfeld der Werkstatt ist das Maler- und Lackiererhandwerk. In der Regel werden Aufträge im Bereich der Wohnungsrenovierung ausgeführt. Die Teilnehmer können wählen zwischen einem Ausbildungs- und einem Beschäftigungsverhältnis.

Anders als in anderen Projekten steht die Diakoniewerkstatt in einem Betreuungsverhältnis zu den TeilnehmerInnen. Sie ist eine teilstationäre Einrichtung der LWV. So kommen die TeilnehmerInnen auch nicht immer ganz freiwillig. Die Werkstatt ist dann auch schon mal Alternative zur Haft.

Neben der Qualifizierung und der Schaffung der organisatorischen Rahmenbedingungen für den Weg ins Erwerbsleben der TeilnehmerInnen steht bei diesem Projekt die Aufarbeitung der individuellen Probleme der Einzelnen stärker im Vordergrund als bei den anderen Projekten. Oft ermöglicht die Arbeit in der Diakoniewerkstatt für den/die TeilnehmerIn erstmals, Probleme zu erkennen. War Alkohol etwa vorher ein Mittel, sich die Zeit

zu vertreiben - von der man ja mehr als "gewollt" hatte - und das Trinken keine Abhängigkeit - wenn nötig, konnte man ja jederzeit damit aufhören - so zeigt sich bei der Arbeit im Projekt, daß es mit der Freiwilligkeit des Trinkens gar nicht so weit her ist: man hat eine Beschäftigung und man trinkt trotzdem - und kommt zu spät zur Arbeit - und kann die Arbeitsaufträge nicht erledigen - und, und, und.

Wöchentliche Werkstattgespräche über Probleme bei der Arbeit machen Konflikte deutlich und ermöglichen statt dem Rückzug eine konstruktive Auseinandersetzung. Durch individuelle Hilfestellungen, wie Schuldenregulierung, Unterstützung bei der Wohnungssuche und beim Kontakt mit Beratungsstellen werden die Probleme angegangen. Einmal im Monat findet ein Bildungstag "Rund um den Arbeitsplatz" statt. Dabei stehen Themen wie Lohnsteuerkarte und Sondermüll ebenso auf dem Programm wie ein Theaterbesuch. Denn auch das Freizeitverhalten ist Gegenstand der Auseinandersetzung im Projekt. So gibt es auch einen Musikeller mit Key-Board, Gitarre und Schlagzeug, wo die TeilnehmerInnen Musik machen können und jeden Dienstag ein kostenloser Musikunterricht angeboten wird.

"Nicht alle Schwierigkeiten, Defizite und Verletzungen können durch andere Erfahrungen und ein günstiges soziales Klima ausgemerzt werden", sagt Monika Schmidt, Leiterin des Projektes. "Da sich der freie Arbeitsmarkt

immer mehr verschärft, finden Menschen mit sozialen Einschränkungen immer weniger Möglichkeiten, für sie geeignete Arbeitsplätze zu finden. Neben der bereits laufenden Begleitung bei der beruflichen Planung sollten die MaßnahmeteilnehmerInnen die Möglichkeit haben, einen Arbeitsplatz zu besetzen, der neben den

strengen Arbeitsnormen des Arbeitsmarktes eine gewisse Rücksicht nimmt auf die besonderen sozialen Bedingungen. Hier möchte die Diakonie-Werkstatt Perspektiven aufzeigen."

Christian Hey



(Foto: Sanierungswerkstatt Mühlthal)

ZAUG - EINE KOMMUNALE BESCHÄFTIGUNGSGESELLSCHAFT

3. November 1989 - Tag der Offenen Tür im ZAUG (Zentrum Arbeit und Umwelt Gießener gemeinnützige Berufsbildungsgesellschaft mbH). Eine gute Gelegenheit, dachte ich mir, um einmal zu schauen, was aus den früheren "ZFF-Frauen" geworden ist.

Gleich am Eingang die erste Überraschung: Eine Stechuhr. Hatten wir so etwas in unseren Vorstellungen von einer veränderten Arbeitswelt je gewollt? "Ist in einem Betrieb mit weit mehr als 100 Beschäftigten nicht anders machbar", erfahre ich auf meine Anfrage hin.

Überhaupt ist ZAUG ein Riesenkonzern, verglichen mit anderen lokalen Ausbildungs- und Beschäftigungsprojekten in Sozialen Brennpunkten, so wie sie in den vorangegangenen Berichten beschrieben werden. Innerhalb der vier Hauptabteilungen (s. Schaubild unten) existieren mittlerweile 11 verschiedene Betriebe, deren gemeinsames Ziel die jeweilige "wirtschaftliche Selbständigkeit" ist. Wirtschaftliche Selbständigkeit - da drängt sich mir doch sofort folgende Gedankenkette auf: Wirtschaftliche Selbständigkeit setzt optima-

le Gewinnerzielung voraus - optimale Gewinne erzielen leistungsstarke ArbeitnehmerInnen - individuelle Leistungsstärke (und -bereitschaft) gerät zum obersten Einstellungskriterium - leistungsschwächere BewerberInnen (die eigentliche Zielgruppe) bleiben auf der Strecke. Was unterscheidet dann ZAUG noch von ganz normalen Wirtschaftsbetrieben, die sich ihre Belegschaft auch nach den Kriterien einer Olympiamannschaft zusammenstellen?

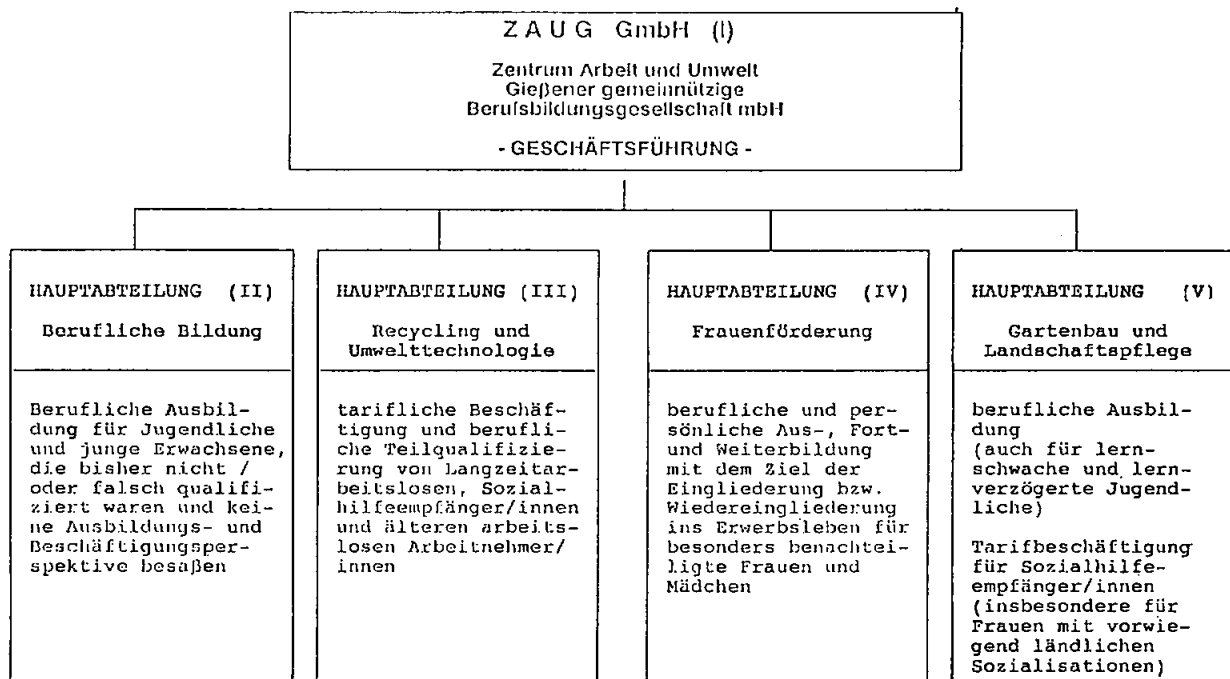
Meine bereits vorhandene Skepsis wird durch die Begrüßungsrede der Geschäftsleitung noch verstärkt: Bei allen Beschäftigungsmöglichkeiten im Rahmen von ZAUG handelt es sich um "echte Arbeitsplätze" und nicht um eine wie auch immer geartete "Spielwiese". Oberstes Ziel der in der Regel auf 18 Monate befristeten Arbeitsverhältnisse ist die "Integration in den 1. Arbeitsmarkt". Haben nicht gerade die Erfahrungen der Ausbildungs- und Beschäftigungsinitiativen in Sozialen Brennpunkten gezeigt, daß der von ZAUG vorgegebene Weg so geradlinig von vielen Betroffenen nicht begangen wird / werden kann?

Als ich mit den Frauen vom früheren Zentrum für Frauenkooperativen über meine Eindrücke

und Vorbehalte diskutiere, scheint die Praxis meine eher theoretischen Überlegungen zu widerlegen. Alle Frauen blieben "an Bord", Abbrecherinnen gab es keine. Doch im Laufe des Gespräches wird offensichtlich: Ein entscheidender Punkt für das Weitermachen der Frauen war und ist die personelle Kontinuität bei den Fachkräften, egal ob im pädagogischen oder im handwerklichen Bereich. Es ist müßig zu fragen, was wäre wenn ...

Mein Besuch bei ZAUG führte mir noch einmal deutlich vor Augen, wie schmal der Grat zwischen "beschützender Werkstätte" auf der einen Seite und der strikten "Marktorientierung" auf der anderen ist. Auf diesem Grat bewegen sich selbstverständlich auch die Ausbildungs- und Beschäftigungsprojekte in den Sozialen Brennpunkten. In der unmittelbaren Auseinandersetzung vor Ort, scheint zumindest die Gefahr zu bestehen, daß die problembeladeneren Personengruppen von den großen, kommunalen Beschäftigungsgesellschaften dorthin verwiesen werden. Die lokalen Ausbildungs- und Beschäftigungsprojekte haben aber auch ohne diese Zuweisung ihre eigenständige Existenzberechtigung.

Lothar Stock



JUGEND



MUSIK ...

Das Kasseler ROCKMOBIL-Projekt hat seit Januar mit der praktischen Arbeit begonnen und peilt in den nächsten Monaten den Aufbau von 8-10 weiteren Jugend-Bands im hessischen Norden an.

Mit den beiden "Mitte"- und "Süd"-ROCKMOBILen werden auf diese Weise demnächst mehr als 25 Bands regelmäßig wöchentlich betreut, in denen knapp 150 Jugendliche musikalisch den Ton angeben ...

ABENTEUER NOW ...

Unter diesem Motto veranstaltet die SPD Rheinland-Pfalz ihr diesjähriges Jugendpolitisches Forum am 18.06.1990 in Mainz und unter diesem Motto steht, wie bereits seit längerem, auch ein Großteil der diesjährigen Veranstaltungen des LAG-Jugendbildungswerks. In verschiedenen Wochenendseminaren für Jugendliche sind insbesondere die Themen "Sport" und "Musik" angesagt. Termine: vgl. Terminkalender ...

MÄDCHENBILDUNGSARBEIT

1990 scheint uns endlich ein Einstieg in eine geregelte "Mädchenbildungsarbeit" zu gelingen. In Zusammenarbeit mit der LAG Arbeit und Leben Hessen können wir (voraussichtlich) für drei Jahre eine ganze Reihe spezieller Bildungsveranstaltungen für Mädchen anbieten (und finanzieren).

Die Kolleginnen der verschiedenen Jugendclubs haben sich dazu, gemeinsam mit Christina Hey, eine Menge guter Ideen ausgedacht, die derzeit in ein dickes "Konzept" einfließen ...

Fehlt nur noch die Stelle einer "MÄDCHENBILDUNGSREFERENTIN" ...!!!

P.S.: "Jugend"-Gruß an Christoph Rüschi!

Günter Pleiner

FRAUEN

ZENTRALE FRAUENTAGUNG ...

Die diesjährige zentrale Frauentagung findet vom 16.-18. März 1990 in Dorfweil statt. Tagungsmotto: "Nehmen Sie sich's wie ein Mann, Madame!" Unter diesem Titel wollen wir uns unterschiedliches Verhalten von Männern und Frauen ansehen: Was ist das eigentlich - typisch Frau - typisch Mann? Gibt es das überhaupt und wenn, welche Auswirkungen hat dieses typische Verhalten? Und nicht zuletzt: Wo müssen wir dazulernen? - Die Ergebnisse? Auf jeden Fall in der nächsten Zeitung, und ... und ... und

GROSSE EREIGNISSE WERFEN IHRE SCHATTEN VORAUSS ...

Am 3. Juni-Wochenende fährt eine Gruppe von Frauen aus der BSF in Marburg, die bereits am Tribunal "Frauen und Armut" in Brüssel teilgenommen haben, nach Madrid zu einem Seminar des Europäischen Netzwerks für Frauen (ENOW). Sie treffen sich dort mit Frauen aus Spanien, um über die Fragen der Sozialhilfe für Frauen in den jeweiligen Ländern zu reden. Thema wird dabei neben dem aktuellen Stand auch die zukünftige Entwicklung in diesem Bereich sein, eingeschlossen die Befürchtungen und Hoffnungen im Hinblick auf die europäische Einigung. Zur Vorbereitung dieses Seminars gibt es eine Arbeitsgruppe: Kontakt Heide Koradin, Herderstraße 35, 6200 Wiesbaden, Tel.: 06121/309410.

ARBEITSKREIS SOZIALARBEITERINNEN IN DER FRAUENARBEIT ...

Der letzte Termin des Arbeitskreises konnte nicht wie angekündigt stattfinden - Ursula Straumann war leider krank. Deshalb gibt es dafür einen neuen Termin: im Mai.

Davor wird am 30.3.1990 eine Veranstaltung zum Thema "Ausländische Frauen in Sozialen Brennpunkten" stattfinden.

(siehe auch Terminkalender)

Christina Hey

"WIR MISCHEN UNS EIN"
 Jahrestagung der LAG
 vom 23.-25. Mai '90
 in Oberreifenberg



Wohnungen, Arbeitsstellen und Kindergartenplätze fehlen, Häuser müssen saniert werden, die Sozialhilfe reicht hinten und vorne nicht. Die Landtagswahl steht ins Haus.

Was können wir tun, um unsere Probleme und Forderungen an die Öffentlichkeit zu bringen. Klar, wir mischen uns ein!
 Aber wie?

Bei der Jahrestagung werden wir verschiedene Möglichkeiten durchspielen, uns einzumischen, und Foto, Video und andere Medien dafür ausprobieren. Ganz praktisch - nicht immer nur reden, zuhören und stillsitzen.

Also, vormerken: 23. - 25. Mai!
 (Selbstverständlich mit Kinderbetreuung.)

Und dann am 26. Mai: Mitgliederversammlung der LAG

Arbeitslosigkeit kostet 240 Milliarden Mark

Fast 60 Milliarden Mark mußten 1987 für die Arbeitslosigkeit - Unterstützungsgelder, Verwaltungskosten usw. - ausgegeben werden. Dazu gerechnet werden muß aber noch ein Betrag von schätzungsweise 180 Milliarden Mark - nämlich der Wert der Produkte und Dienstleistungen, die nicht produziert werden konnten.

quer / Dezember 89

Jeder zehnte über 2 Jahre arbeitslos

NÜRNBERG (dpa) In der Bundesrepublik gibt es immer mehr Langzeitarbeitslose. Ihre Zahl ist zwischen 1983 und 1988 von 532 000 auf 685 000 gestiegen. Besonders schlimm: Der Anteil der Arbeitslosen in der Dauerkategorie „über zwei Jahre“ ist um über das Doppelte von 155 000 auf 347 000 angewachsen. Das hat die Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit in einer Studie ermittelt. Danach gehört jeder zehnte Arbeitslose zu der Gruppe mit der längsten Dauer der Arbeitslosigkeit, die durchschnittlich 28,5 Monate beträgt, vereinzelt aber auch über sechs Jahre dauern kann. Dagegen beendeten etwa die Hälfte aller neuen Arbeitslosen während dieser Zeit die Arbeitslosigkeit in durchschnittlich 1,8 Monaten.

Wiesbadener Kurier, 6.2.90

Von 100 Beamtenkindern besuchen 49 eine Hochschule, von 100 Arbeiterkindern sind es nur acht. Gleichberechtigung made in BRD. Quelle: 12. Sozialerhebung des Studentenwerks.



Vergeßt bitte unseren Fragebogen am Anfang des Heftes nicht auszufüllen - und dann ab die Post!

LAG-FEST IN GIEBEN
FAMILIEN- UND SPORTTAG AM 16. JUNI 1990 IM FESTZELT BEIM
"SPORTPLATZ MARGARETENHÜTTE"

Weil es im letzten Jahr so toll war, wollen wir unter dem Motto "Mit Schwung in die 90er" ein weiteres LAG-Zelt-Fest veranstalten. Diesmal sind "alle dran", die Sport-Musik-Tanz-Sketch-Beiträge wollen und können. Das Fest besteht aus drei Abschnitten

- Kinderfest
- Jede Gruppe kann sich beteiligen (bitte Beiträge bei LAG melden)
- "Bühne frei"
- wer Programmpunkte beisteuern kann soll sich in der LAG melden
- Tanz an der Lahn
- für Alt und Jung

Die ganze Veranstaltung findet auf dem Gelände des Sportvereins Schwarz-Weiß, Gießen (SWG) statt. Der SWG ist der Fußballverein der Margaretenhütte und veranstaltet vom 11.-17.06.1990 eine Festwoche zu seinem 30. Vereinsjubiläum und stellt uns seine Dienste für den Sport- und Familientag zur Verfügung.

P.S.: Ein Brennpunkt-Fußball-Turnier soll hier nicht stattfinden, weil das die Organisatoren überfordert, aber evtl. kann eine "Alt"-Herren (Hessen)-Brennpunkt-Auswahl gegen eine Prominentenmannschaft (z.B. des Landtags) antreten!

Als Kontaktpersonen in der LAG-Geschäftsstelle stehen Reinhard und Günter zur Verfügung.



TERMINE

März 1990

- 09.03.-11.03. Fortbildung für AusbilderInnen, SozialpädagogInnen, StützlehrerInnen in außerbetrieblichen Ausbildungsprojekten, Dorfweil
- 13.03. AG Spiel- und Lernstuben, Kinderhaus Messeler Straße/Darmstadt
- 16.03.-18.03. Zentrale Frauentagung, Dorfweil
- 19.03.-23.03. "Kommunale Obdachlosenkonzeppte",
Kooperationstagung mit dem Burckhardthaus, Gelnhausen
- 24.03. "Lernprobleme - aber schlechte Schüler gibt es nicht!",
Kooperationstagung mit dem Oberhessischen Bildungswerk, Marburg
- 29.03. MitarbeiterInnen-Fortbildung "Felsklettern", BSJ Marburg/LAG
- 30.03. Arbeitskreis Sozialarbeiterinnen in der Frauenarbeit:
"Ausländische Frauen in Sozialen Brennpunkten", Frankfurt
- 31.03. AG Sozialhilfe, Darmstadt (ganztags)

April 1990

- 17.04.-20.04. Mädchen-Treff "Musik & Bewegung" (voraussichtlich)
- 20.04.-22.04. Kletterseminar I (Mädchen), Marburg/Blista
- 23.04.-29.04. "Donne in Italia - Frauen und Frauenarbeit in Italien",
Bildungsurlaub für Sozialarbeiterinnen, Mailand
- 24.04. "Kassel-Konferenz", Kassel (14.00 Uhr)
- 25.04. AG Wohnen und Mieten, Lohwald/Offenbach
- 28.04. AG Sozialhilfe

Mai 1990

- 02.05. Regionalversammlung Süd, Sozialhilfeverein/Offenbach (19.30 Uhr)
- 03.05. Fachgruppe Geschäftsführer, Frankfurt
- 03.05. Regionalversammlung Mitte, Butzbach oder Friedberg (19.30 Uhr)
- 07.05. Regionalversammlung Süd-West, Im Finken/Limburg (19.30 Uhr)
- 14.05. AG Jugend
- 18.05.-20.05. Mädchenseminar "Berufsorientierung", ZELA/Gießen (voraussichtl.)
- 23.05.-25.05. "Wir mischen uns ein!",
Zentrale LAG-Tagung, Oberreifenberg
- 26.05. Mitgliederversammlung der LAG, Oberreifenberg
- 29.05. Arbeitskreis Sozialarbeiterinnen in der Frauenarbeit:
"Sich selbst optimierendes GWA-Konzept am Beispiel Frauenarbeit",
Frankfurt

Juni 1990

- 09.06.-10.06. Kajak I (Mädchen)
- 12.06.-13.06. Fachgruppe Geschäftsführer (Fortbildung)
- 16.06. "Familien-Sport-Tag", LAG/Schwarz-Weiß Gießen, Gießen
- 23.06.-24.06. Kletterseminar II, Marburg/Blista
- 30.06. AG Sozialhilfe